Angehörigen Info 83

G 10228 D

3. 1. 1992

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Brief an Candelas del Pino

Liebe Candelas,

auch wenn schon einige Wochen vergangen sind, seit Du von der Polizei verhaftet und in incomunicado-Haft gehalten worden bist, ist es uns wichtig, Dir zu schreiben, wie wütend und erregt wir waren, als wir davon erfuhren. Daß Polizei und Justiz bei ihrem Bemühen, die Identität der politischen Gefangenen zu brechen, sogar deren Angehörige kriminalisieren und verfolgen, wußten wir auch aus unseren Erfahrungen hier in der BRD.

Es zeigt, wie sehr die Unterstützung von Menschen für ihre Angehörigen, die als politische Gefangene im Gefängnis sitzen, die Mächtigen stört, weil sie wichtig und notwendig ist, um den Gefangenen Kraft zu geben in der Isolation — und um die Öffentlichkeit über die Haftbedingungen und Folter zu informieren.

Um soviel wichtiger also, daß wir uns durch die Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen uns Angehörige nicht einschüchtern lassen. Wir sind überzeugt, daß es Dir und AFAPP ebenso geht, entschlossen weiter für die Rechte Eurer gefangenen Angehörigen zu kämpfen.

Wir senden Dir und Euch allen in AFAPP Kraft, Liebe und Solidarität!

Die Angehörigen und Freunde der politischen Gefangenen in der BRD

Mumia Abu-Jamal: Gedanken über Puerto Rico aus der Todeszelle

Es ist schon komisch, in den Tageszeitungen zu lesen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich gegen die Aggressionen von Großnationen gegenüber Kleinstaaten stellt. Das war, wie ich las, jedenfalls im Golfkrieg der Fall, der auf die Annektion Kuwaits durch den Irak folgte.

Vielleicht bedeutet das ja, daß die USA sich nun aus den westlichen Gebieten zurückziehen, die jetzt „South Dakota" heißen und das Land der Vorfahren der indigenen Lakota Nation (der sogenannten „Sioux") sind, das im Zuge von internationaler Aggression, von Betrug und Völkermord besetzt worden ist.

Möglicherweise bedeutet es aber auch, daß die südwestlichen Territorien — jetzt „California" und „New Mexico" genannt — wieder an die von uns „indianisch" genannten Nationen zurückgegeben werden oder wenigstens an Mexiko.

Wenn ich den während des Golfkrieges veröffentlichten Berichten Glauben schenken darf, dann bin ich mir auch ganz sicher, daß die US-Regierung sich von Puerto Rico zurückziehen wird, noch während ich diese Worte schreibe. Sie wird die Insel, die vor fast einem Jahrhundert von den Vereinigten Staaten besetzt und annektiert worden ist, verlassen und das puertoricanische Volk sein eigenes Schicksal bestimmen lassen — frei, unabhängig und souverän.

Hab' ich recht?

Nein? Oh Verzeihung! Tut mir leid.

Einen kurzen Moment lang habe ich angenommen, die USA hätten sich von ihrer Geschichte gelöst und hätten angefangen, sich auf einen neuen Weg zu machen, weg von den alten Pfaden



Demonstration in Bremen am 11. 11. 1989 zu Mumia Abu-Jamal

des Imperialismus, der Unterdrückung, der Demütigung und rassistischen Erniedrigung, hin zu einem neuen Weg der Würde, des allgemeinen Respekts und aufgeklärter Humanität.

Aber gerade in diesem einfachen und doch so komplexen Begriff „Humanität" liegt der Kern des Problems.

Man kann durch Lesen sehr viel über ein Volk lernen, aber nicht durch das Lesen von Lehrbüchern, sondern von Gerichtsentscheidungen, weil sie oft die „aufgeklärte" sozio-politische Schicht reflektieren.

Zum Beispiel gibt es nur wenige Schriften, die so aufschlußreich sind wie die unrühmliche Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA im Fall „Dred Scott", wo die Mehrheit des Gerichts, die darüber zu entscheiden hatte, ob in Amerika geborene „Neger der afrikanischen Rasse" „Bürger" im Sinne der US-Verfassung sind, feststellte:

„Wir denken, daß sie es nicht sind, und daß sie auch nicht in das in der Verfassung enthaltene Wort ‚Bürger' mit eingeschlossen waren oder werden sollten, und sie können deshalb auch keins der Rechte und Privilegien, die dieses Instrument den Bürgern der Vereinigten Staaten zur Verfügung stellt und garantiert, für sich in Anspruch nehmen." (1857)

Im aufschlußreichen „Dred Scott"-Urteil (das juristisch *niemals* aufgehoben worden ist) zeigten die USA mit aller Deutlichkeit ihre tiefsitzende Verachtung gegenüber den in Amerika geborenen Afrikanern. Sie waren, so das Hohe Gericht, „Lebewesen einer minderwertigen Rasse", die deshalb „keine Rechte hatten, die der weiße Mann hätte respektieren müssen".

Mehr als ein Jahrhundert später sehen wir, daß die Rechte, die anderen Amerikanern garantiert werden, nur Lippenbekenntnisse sind. Sie sind niemals in Kraft getreten. So zum Beispiel das Recht, im Gerichtsverfahren einer Jury gegenüberzusitzen, die aus Menschen der eigenen sozialen und ethnischen Umgebung („Jury of Peers") ausgewählt wurde. Es ist nicht ungewöhnlich (wie in meinem eigenen Fall), daß Schwarze systematisch als Geschworene ausgeschlossen und fast ausschließlich aus Weißen bestehende Juries eingesetzt werden, um über Afrikaner zu Gericht zu sitzen.

Den Puertoricanern, kolonisiert von Spanien und dann 1898 als Kriegsbeute an die USA abgetreten, wurde das „Privileg" zuteil, in die US-Armee eintreten zu müssen, um für die Aufrechterhaltung der Macht des Imperiums in Vietnam, in Korea und am Persischen Golf zu kämpfen. Aber wehe dem Puertoricaner, der es wagt, für die Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen!

1922 urteilte der Oberste Gerichtshof der USA im Fall „Balzac versus Porto Rico" über die Frage, ob die Puertoricaner (und Philippinos) dazu „fähig" sind, sich selbst zu regieren. Er beschrieb sie als Volk, das in „geschlossenen und altertümlichen Gemeinschaften" lebt, „mit auf bestimmte Weise geprägten Bräuchen und politischen Konzeptionen ... ferne ozeanische Gemeinschaften mit einer Herkunft und Sprache, die völlig verschieden sind von unserem kontinentalen Volk".

Ihre Antwort in bezug auf das Recht Puerto Ricos, sich selbst zu regieren, war damals (und ist es heute noch): „Nein".

Die Welt wird heute überflutet vom Kriegsgeschrei, das von den Blutbädern am Persischen Golf kommt — Blutbäder, die angerichtet wurden, um angeblich das Prinzip, daß Großnationen keine kleinen angreifen dürfen, durchzusetzen. In dieser Situation hat der US-Kongreß aus Sorge darüber, Puertoricanerinnen und Puertoricaner könnten Gelegenheit bekommen, an einem Plebiszit teilzunehmen, die für Dezember 1991 vorgesehene Abstimmung abgeblasen. Dahinter steckt die Furcht, die karibische Kolonie könnte der 51. US-Bundesstaat werden — ein spanischsprechender Staat.

Die Nation, die gegenüber den Afrikanern, die als Sklaven in dieses Land verschleppt wurden, das Sprechen der eigenen Sprache zu einem Schwerverbrechen erklärt hat, erklärt nun Puerto Rico für „unfähig", ein US-Bundesstaat zu werden, weil es eine „fremde" Sprache spricht.

Noch immer verweigert das Land, das allen anderen Nationen die „Freiheit" predigt, Puerto Rico sein ureigenstes Recht, sein politisches, ökonomisches, soziales und kulturelles Leben selbst zu gestalten.

Puertoricanerinnen und Puertoricaner sind, so scheint es, ähnlich wie die Afrikaner in den USA, nicht „weiß" genug, um Rechte zu haben.

Die Rechte, mit denen Amerikaner prahlen, wie zum Beispiel das Recht, vor Gericht eine „Jury of Peers" zu haben, kommen einem dann ganz besonders hohl vor, wenn man sich anschaut, wie die US-Regierung Independistas wie den gefeierten Maler Elizam Escobar, den großartigen politischen Theoretiker Oscar Lopez-Rivera, die engagierten JournalistInnen Dylcia Pagan, Alicia Rodriguez und Alberto Rodriguez, den Pädagogen Carlos Alberto Torres und die unzähligen anderen mit Gewalt auf das amerikanische Festland verschleppt hat, um ihnen vor weißen, angloamerikanischen und nicht spanisch sprechenden Personen, die als ihre „Jury of Peers" auftreten, den Prozeß zu machen.

Diese Independistas sehen sich mit Strafen zwischen 55 und 80 Jahren in US-Gulags konfrontiert, für „aufrührerische Verschwörung", weil sie gewagt haben, zu versuchen, dem menschlichen Bedürfnis ihrer Nation nach Unabhängigkeit Ausdruck zu verleihen, und weil sie gewagt haben, davon zu träumen, in ihrem Geburtsland frei zu sein.

In diesem Licht besehen zeigt sich kristallklar die Heuchelei der USA, die es wagen, ihren vor Blut und Öl triefenden Raubüberfall auf den Golf als einen Kampf gegen „Aggressionen von Großnationen gegen Kleinstaaten" darzustellen — und eben nicht als eine Übung im Interesse von Industrie, Militär und Konzernen.

Independistas und jene, die die tragische historische Erfahrung Puerto Ricos mit den USA studiert haben, sahen in der Bombardierung Bagdads ein grauenhaftes déja-vu, weil die US-Air Force bei dem tödlichen Versuch, die lange Geschichte des puertoricanischen Widerstandes gegen die Yankees zu zerstören, Menschen, Leben und Häuser zerschmetterte, als die Stadt Jayuya, ein Zentrum des unabhängigen und nationalistischen Denkens, in der Mitte dieses Jahrhunderts bombardiert wurde.

Genauso wie das Massaker und die Bombardierung gegen MOVE in Philadelphia 1985 haben die Bombardierungen von Jayuya, Puerto Rico und vom Irak ein gemeinsames, zentrales Ziel — jede Spur von Widerstand gegen das US-Imperium auszulöschen.

In Philadelphia hat Ramona Africa den Großstadt-Holocaust überlebt.

Die Flammen des arabischen antiimperialistischen Zorns und Hasses schwelen immer noch in den Dörfern überall im Magreb.

In Puerto Rico schlägt der nationale Wille für die Unabhängigkeit immer noch in den Herzen der Borinquens.

Der Tag wird bald kommen, an dem Puerto Rico seinen rechtmäßigen Platz als Nation an der Seite anderer Nationen einnehmen wird — frei und unabhängig. Eure solidarische Unterstützung wird das Nahen dieses Tages beschleunigen.

Mumia Abu-Jamal, 11. April 1991

Förderverein zur Info-Kriminalisierung

Über den Versuch der Bundesanwaltschaft, das „Angehörigen-Info" mundtot zu machen und die bisherig existierenden Kleingruppen der Gefangenen zu zerstören

Seit Bestehen des Angehörigen-Infos gab es immer wieder Verfahren und Prozesse gegen die presserechtlich Verantwortlichen. In den ersten Prozessen ging es in der Anklage um Verunglimpfung des Staates. Im letzten halben Jahr hat sich dies aber verändert.

In den betreffenden Texten wurde u. a. die Zusammenlegung der politischen Gefangenen gefordert. Das ist der Stein des Anstoßes. Deswegen wird in den *sechs* neuen Verfahren der Paragraph 129 a, Werbung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, angewandt. Das heißt im Klartext, die Angehörigen dürfen die Zusammenlegungsforderung nicht mehr in den Mund nehmen!

Diese Angriffe gegen die Angehörigen und ihr Info stehen nicht alleine, sie sind zu sehen mit:

1. den Ankündigungen von offizieller Seite, daß Zusammenlegung, auch in kleinen Gruppen, kein Thema mehr sei,

2. der Kriminalisierung der Anwälte,
3. den neuen Prozessen gegen einige Gefangene wegen der Kronzeugenaussagen,
4. damit verbunden das Auseinanderreißen der Kleingruppen,
5. der Weigerung, die Haftunfähigen rauszulassen,
6. den vielen anderen 129a-Verfahren wegen der ZL-Forderung (in Hannover allein 17 Verfahren, die im Januar zum Prozeß kommen),
7. den neuesten Durchsuchungen in linken Buchläden oder Jugendzentren.

Es ist kein Zufall, daß dies alles komprimiert im letzten halben Jahr zusammentrifft. Denn seit 3. Mai diesen Jahres ist die Koordinierungsgruppe Terrorismus (KGT) eingerichtet worden! In dieser Gruppe arbeiten BKA, Verfassungsschutz, Generalbundesanwaltschaft und die Polizei der einzelnen Bundesländer mit. Sie haben sich zur Aufgabe gemacht, die gesamte Linke auszuradieren. Also alle, die noch nicht umgekippt sind, sondern weiter um ihre Ziele kämpfen, sollen niedergezwungen werden.

Konkret auf die Gefangenen und ihre Angehörigen bezogen heißt das: Die Zusammenlegung soll verhindert und statt dessen die Isolation verschärft werden, damit endlich die Gefangenen zum Schweigen gebracht werden. Deshalb werden auch diejenigen verfolgt, die hier draußen für die Zusammenlegung eintreten. Wirkliche Informationen über die Tatsachen sollen ausgeschaltet werden, damit sich keine neue Bewegung daran entwickelt. Die Medien sollen in fester Hand bleiben.

Es muß uns klar sein, ohne Gegenöffentlichkeit gibt es keinen Schutz für die Gefangenen. Sie sind der Willkür des Staates ausgeliefert!

Verein zur Förderung von Informationen
über politische Gefangene in der BRD (e. V.)

§ 129a-Verfahren eingestellt

Stuttgart. Vor knapp einem Jahr wurden in Stuttgart, Hamburg und Münster 24 Wohnungen durchsucht. Begründet wurde diese Polizeiaktion damit, die davon Betroffenen hätten für die RAF ausgespäht. Die Zeitungen titelten mit Schlagzeilen wie „Umfeld der RAF spähte Vorstand von Daimler aus", „Polizei: Terroristen bereiten in Vororten Anschläge vor", „Wir bitten um Ihre Mithilfe: Terroristen in Stuttgart" oder „Polizei durchsucht Wohnungen: Anschlag auf Daimler geplant?". Die bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Stadt- und Landkarten wurden jetzt alle wieder zurückgegeben, die Ermittlungsverfahren nach § 129a sind eingestellt worden.

Hamburg. Das § 129a-Verfahren gegen Christiane Schneider wegen des Abdrucks des sog. Hanna-Cash-Papiers „Auf ins Offene" in der „Beilage" Nr. 1 vom 19.3.1991 ist von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf eingestellt worden.

Kurz vor Redaktionsschluß haben wir noch erfahren, daß die Revision, die Christiane gegen ihre (und Heidi Hinrichsens) Verurteilung in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Köln wegen des Infos Nr. 30 vom 21.12.1989 (§ 90a-Prozeß wegen der darin veröffentlichten Erklärung der Angehörigen) eingelegt hatte, vom zuständigen Oberlandesgericht verworfen wurde. Damit ist die Verurteilung auch von Christiane in diesem Prozeß rechtskräftig.

Neuigkeiten zu Ralf Gauger und Knud Andresen

Mittlerweile ist durch die Entscheidung des Landgerichts Itzehoe auf Zulassung der Anklage — versuchter schwerer Eingriff in den Bahn- und Schienenverkehr und versuchter Mord — klar, daß es zum Prozeß kommen wird. Der absurde Vorwurf hat das Gericht nicht davon abgehalten, Knud und Ralf auf die Anklagebank zu zerren; dies dürfte die Schärfe des Angriffs auf die beiden ziemlich klarmachen. Den Vorsitz des Verfahrens wird übrigens Richter Selbmann haben, der dürfte einigen von Euch ja noch ein Begriff sein. Selbmann hat u. a. die Anti-AKW-Aktivisten gegen das Kernkraftwerk Brokdorf — Markus Mohr und Michael Duffke — zu hohen Strafen verurteilt. Nach der Einschätzung der RechtsanwältInnen von Ralf und Knud soll der Prozeß Mitte Januar beginnen.

Chile am Tag der Menschenrechte 1991

Nach fast zwei Jahren „Demokratie" immer noch Folter und politische Gefangene: dritter Hungerstreik innerhalb von sechs Monaten. (Bericht aus Santiago de Chile)

Auf der Alameda versucht eine Gruppe von ca. 150 Menschen einen Demonstrationszug zu formieren. Carabineros, die uniformierte Polizei, drängen sie ab. Ein Wasserwerfer fährt heran, spritzt Demonstranten und Passanten naß. Es wird mit Steinen gegen den *Guanaco* geantwortet, ein Molotowcocktail trifft ihn. Carabineros verfolgen mehrere Menschen, mindestens sechs werden festgenommen, die Verhafteten werden verprügelt. Am Abend wird in einer Población (Volksviertel) eine brennende Barrikade errichtet und ca. 30 Leute demonstrieren.

Was ist los im Chile der Demokratie? Die Mobilisierungen — in den letzten Monaten hat es weitaus größere und kämpferische Aktionen gegeben als an diesem Tag — richten sich gegen die Straffreiheit für die Militärs und Folterer und fordern die Freilassung der politischen Gefangenen. Bei unseren Besuchen in den Knästen, in denen zumindest die „Gefangenen der Diktatur" zusammengelegt sind, erfahren wir genaueres. Nach harten Kämpfen haben es die Militanten, die vor dem Amtsantritt des demokratisch gewählten Präsidenten Aylwin am 11. März 1990 eingeknastet wurden, geschafft, in jeweils einem Knast für die Männer und einem für die Frauen zusammengelegt zu werden. Hier sind die Lebensbedingungen zwar leichter, die Gefangenen können sich im gesamten Knast bewegen, sogar Besuch auf den Zellen empfangen, aber doch sind noch über 60 Militante des Kampfes gegen die Diktatur im Knast. Und die mehr als 250, die in der letzten Zeit rausgekommen sind, haben dies zumeist dem Cumplido-Gesetz zu verdanken, das vorsieht, die Fälle der politischen Gefangenen nicht mehr vor Militärgerichten, sondern eigens bestellten zivilen Richtern zu verhandeln und danach, bei damit schnellerer Bearbeitung der „Fälle", die Möglichkeit der Begnadigung der Verurteilten anzubieten — welche allerdings von den Gefangenen selbst beantragt werden muß. Diejenigen, die sich jetzt noch im Knast befinden, haben noch Prozesse offen. Für viele bietet sich die Möglichkeit des sogenannten Selbst-Exils, eine „Entscheidungsfreiheit" zwischen Knast und Exil. All diese juristischen Vorgehensweisen bedeuten aber, daß die politischen Gefangenen „wie jeder Kriminelle" (so die Gefangenen) behandelt werden und die Legitimität des Widerstandes gegen Pinochet nicht anerkannt wird. Während also in den wichtigsten staatlichen Institutionen wie Justiz, Militär, Polizei und Zentralbank die gleichen Leute mit den alten Vorgesetzten und gleichen ideologisch-politischen Richtlinien arbeiten, während in bezug auf die Verbrechen und Verbrecher der Militärdiktatur von Straffreiheit und „Versöhnung" gesprochen wird, während der alte Geheimdienst CNI ins Militär überführt und neue Anti-Terrorkommandos bei der Polizei gebildet werden und weiterhin gefoltert wird und die Militärausgaben um 30 Prozent erhöht werden und und ... Währenddessen verbleiben die, die gegen die Diktatur gekämpft haben, im Status von Kriminellen. Um diese Situation zu denunzieren, wurde der Hungerstreik im November von sechs Männern in der *cárcel pública* durchgeführt. Letztendlich, so sagen sie, sind die Würfel für die Bedingungen für die Freilassung allerdings schon gefallen, und so werden sie sich auf Gnadengesuche einlassen müssen, um draußen weiter politisch aktiv sein zu können. Das Exil lehnen einige allerdings ab, so z. B. Cecilia Radrigan, Militante der MIR und seit mehr als zehn Jahren im Knast: Ihr Kampf sei gerecht gewesen, und sie wollten in der Heimat bleiben. (Ein ausführliches Interview wird demnächst im Angehörigen-Info veröffentlicht werden).

Die Aktion des Hungerstreiks der Männer im November, bei dem auch Gefangene der Demokratie teilnahmen, hat Auswirkungen auf die Mobilisierung der Volksbewegung gehabt. Mit der *transición*, der sog. Überleitung in die Demokratie und den vorhergegangenen Wahlen, hat die Volksbewegung stark abgenommen, und Parteien wie die MIR und die sozialistische Partei beispielsweise sind mehrfach gespalten. In dieser Situation

schuf der Hungerstreik eine Bewegung der Basis, die in der großen Demonstration vom 12. 11. 91 als dem Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen und der Volksversammlung vom 8. 11. Höhepunkte fand. An der Volksversammlung nahmen 81 soziale und politische Organisationen teil, von Menschenrechtsorganisationen über Nachbarschaftsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeiterföderationen, Studentenorganisationen und Jugendgruppen aus den Poblaciónes, Künstlern bis hin zu politischen Parteien. Momentan ist ein Prozeß der Reflexion, der Bestimmung der eigenen Ziele und Reorganisierung in der sozialen Basis angesagt.

Eine andere Initiative ist der vom 6.—8. 11. abgehaltene Kongreß von fast der gesamten Linken, die nicht im Regierungsbündnis Concertación integriert sind. Dort wurde das MIDA gegründet, die Bewegung der Demokratischen Linken Allende. Dies bedeutet jedoch zunächst nur die Zusammenführung der bereits genannten Zersplittertheit, womit diese nicht aufzuheben ist. Viele der seit Jahren oder Jahrzehnten Aktiven sind der Meinung, daß dies vielmehr die Zeit der Arbeit in Basisinitiativen ist, um deren Kraft und Einfluß zu stärken.

Ein weiterer Bereich, in dem gearbeitet wird, ist der bewaffnete Kampf. Eine Gruppierung der FPMR, die ebenfalls viele Spaltungen hinter sich hat, sowie die Lautaro-Jugendbewegung sind hier aktiv. Einige der Militanten wurden entdeckt, verhaftet und gefoltert. Sie sind heute das, was früher die Kämpfer gegen die Diktatur waren: „Terroristen". Demzufolge werden sie nicht als politische Gefangene anerkannt, wenngleich sie Sonderbedingungen unterworfen sind — wie in der BRD. Über 70 „Gefangene der Demokratie" gibt es bereits, von denen die meisten Männer in einem Trakt der *Penitenoería* in Santiago zusammengelegt sind. Die Frauen sind allerdings auf viele Knäste verstreut, manche sogar in Männerknästen, wo sie sexuellen Angriffen ausgesetzt sind.

Deshalb sind acht Frauen am 9. 12. 91 in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern die Zusammenlegung aller politischen gefangenen Frauen und die Freilassung von Marcela Rodriguez. Marcela ist bei ihrer Festnahme vor einem Jahr von mehreren Kugeln getroffen worden, wovon eine noch in ihrer Wirbelsäule steckt. Sie ist deshalb von der Hüfte ab gelähmt und kann lediglich sprechen und die Hände bewegen. Sie ist in der Klinik des Männerknastes in einem Zimmer ohne Sonne und Luft isoliert. Die medizinische Versorgung geht gerade soweit, sie am Leben zu erhalten, um jemanden zu haben, den man verurteilen kann. Ihre Freilassung ist überlebensnotwendig, damit sie sich medizinisch behandeln lassen kann. Erfolgt nicht bald eine positive Antwort der Regierung, so die Hungerstreikerklärung, wird sie sich auch dem Hungerstreik anschließen. Dies wäre für sie lebensgefährlich. Wegen einer schweren Infektion schwebte sie bereits zweimal in Lebensgefahr.

Die Gefangenen der Diktatur erkennen sie alle als politische Gefangene an und unterstützen den Kampf um die Zusammenlegung. Und so ruft Cecilia, seit über zehn Jahren im Knast, am Ende des Interviews nochmals die internationale Öffentlichkeit auf: „Sowohl für sie (die neuen Gefangenen) als auch für uns, die wir uns heute noch im Knast befinden, ist es wichtig, ihre Petitionen zu unterstützen, die der Zusammenlegung, der würdigen Behandlung und Anerkennung als politische Gefangene. Und in unserem Fall weiterhin Druck zu machen und unsere Freiheit zu fordern." (j., Mapuche-Informationszentrum Freiburg)

Öffentliche Erklärung der politischen gefangenen Frauen in Chile

Am heutigen Tag, Montag, den 9. 12. um 24 Uhr, treten wir, die politischen gefangenen Frauen, die nach dem 11. März 1990 verhaftet wurden, in einen unbefristeten Hungerstreik.

Das Ziel unserer Aktion ist es einerseits, die Zusammenlegung aller politischen gefangenen Frauen im Gefängnis von Santo Domingo zu erreichen, welches speziell für die Inhaftierung dieser Frauen geschaffen wurde. Andererseits fordern wir die schnellstmögliche Freilassung von Marcela Rodriguez, weil dies die einzige wirkliche Lösung in Anbetracht ihres schwerwiegenden Gesundheitszustandes ist.

Wir haben bestimmt, uns erneut gegen diese Politik der Zerstörung zu stellen, die von Seiten der Regierung gegen die politischen Gefangenen, insbesondere gegen die von uns, die nach dem 11. März 1990 Verhafteten, entwickelt wurde. Diese Politik hat sich letztendlich ausgedrückt in:

psychischer und physischer Folter, einschließlich sexueller Gewalt gegen Genossinnen im Moment der Festnahme,

permanenten Belästigungen gegen die politischen Gefangenen, in einigen Fällen bis zur Morddrohung,

in unserem Fall sind wir auf verschiedene Gefängnisse zerstreut, von denen einige ausschließlich für die Inhaftierung von Männern bestimmt sind. Letzteres ist besonders schwerwiegend, vor allem in Örtlichkeiten wie dem Gefängnis von San Miguel, gegen welches bereits von den Vereinten Nationen aufgrund seines gefährlichen Zustandes für die Inhaftierung von Frauen Einspruch eingelegt wurde.

Der deutlichste Ausdruck der Politik der Zerstörung entfesselte sich gegen die Genossin Marcela Rodriguez, welche bereits unter vielen juristischen und menschlichen Irrtümern zu leiden hatte, wobei sie mehrmals ihr Leben gefährdeten.

Die Genossinnen, die in den Hungerstreik getreten sind:
* Magdalena Gallardo und Patricia Martinez im Männergefängnis von San Miguel
* María Teresa Rodriguez im Centro de Orientación Feminino in Santiago
* Ester Alvaro und Catalina Avila im Gefängnis von Santo Domingo in Santiago
* Aida Soto, Viviana Morales und Alicia Muños im Stadtgefängnis von Rengo.

Im Fall von Marcela Rodriguez wird ihre direkte Beteiligung am Hungerstreik trotz des schwerwiegenden Risikos, das diese beinhaltet, erfolgen, falls es in den nächsten Stunden keine annehmbare Lösung gibt.

Desweiteren fordern wir von der Regierung eine Antwort und schnelle Lösung bezüglich unseren eingebrachten Forderungen.

Wir bitten alle nationalen und internationalen (Menschenrechts)bewegungen, alle ihnen mögliche Initiativen zu entwikkeln, um unseren gerechten Kampf zu unterstützen.

Für die Zusammenlegung aller politischen gefangenen Frauen und für die Freiheit von Marcela Rodriguez!

Die politischen gefangenen Frauen im Hungerstreik.
Santiago, am 9. Dezember 1991

Norderstedt: Zur Situation der Flüchtlinge

Folgenden kurzen Bericht vom 20. 12. über die aktuelle Lage der aus Greifswald geflohenen Flüchtlinge in die Norderstedter Schalom-Kirche und ihrer UnterstützerInnen erhielten wir vor einigen Tagen.

Seitdem die Kirche den Aufenthalt der UnterstützerInnen der Flüchtlinge in der Schalomkirche als Mißachtung ihres Hausrechts ansieht, spannten sich Lage und Stimmung weiter an. Es gab mehrere Versuche, mit dem Kirchenvorstand ins Gespräch zu kommen.

Gestern — am 19. 12. — gab es dann ein Treffen zwischen Kirchenvorstand und UnterstützerInnen aus verschiedenen Gruppen und Spektren, wie z. B. Solidarische Kirche, Autonome, Grüne, GEW, IG Medien, AStA Uni Hamburg usw. — insgesamt ca. 100 Menschen. Die Kirche schien von der Breite des UnterstützerInnenspektrums schockiert, hatte wohl „nur 'n paar Autonome" erwartet. Sie stellt ihre Position grob zusammengefaßt so dar, daß sie die Flüchtlinge in ihren Forderungen unterstützt, aber keine politische Arbeit leisten kann / will.

Es gibt — gerade jetzt zur Weihnachts- und Neujahrszeit — ganz bestimmte Vorstellungen, wie Leben und Tagesrhythmus

in der Kirche auszusehen habe, die humanitäre Hilfe bleibt weiterhin eingestellt. Alles wird damit begründet, daß das Leben der Gemeinde am Zusammenbrechen sei.

Allerdings hat der Kirchenvorstand erstmals uneingeschränkt eine B.räumung — gegen Flüchtlinge oder gegen UnterstützerInnen — ausgeschlossen.

Allgemein sieht es jetzt also so aus, daß die Situation deutlich entspannter ist als vor einer Woche und auch die dringende Mobilisierung im Moment nicht aktuell ist.

Ein Genosse aus der Türkei tödlich verunglückt

Şaban Şen ist bei einem schweren Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Er war der Verantwortliche von Dev Sol für Europa. Unser Schmerz und unsere Trauer sind tief, der von uns Gegangene war ein Teil von uns und ein wertvoller Genosse. Mit 19 Jahren war er nach dem Putsch 1980 verhaftet worden und hat zehn Jahre lang bis 1990 unter den schlimmsten Bedingungen im Gefängnis gesessen. Dennoch ist sein Kampfgeist nie gebrochen worden, er nahm u. a. am Todesfasten von 1984 teil, kämpfte in der ersten Gefangenengruppe 75 Tage lang gegen den Tod. Nach Beendigung des Widerstands kam er aus dem Koma ins Leben zurück. Mit seinen Genossen zusammen berichtete er über seine Erfahrungen im Knast in dem Buch „Widerstand, Leben und Tod".

Şaban Şen war schon in jungen Jahren mit faschistischen Angriffen konfrontiert worden und hat nicht zugeschaut, sondern nahm bei Kämpfen gegen zivilfaschistische Angriffe und bei Besetzungsaktionen ganz vorn seinen Platz ein. Im Internat fü+r Lehrerausbildung war er mit revolutionären Gedanken konfrontiert worden und besuchte später die Universität Istanbul Bereich Jura, wo er mit 17 Jahren bereits für Dev Genç (Revolutionäre Jugend) Verantwortung übernahm. Seine GenossInnen beschreiben ihn immer wieder als jemanden, der „keinen Wert auf Äußerlichkeiten legte, forschend war, sehr ruhig, geduldig und ein sehr sehr bescheidener Mensch und dennoch äußerst kämpferisch. Nichts konnte ihn einschüchtern, er zeigte eine beispielhafte Haltung unter Folter. Wo immer Widerstand geleistet wurde, stand er in der ersten Reihe. Trotz seines jungen Alters übernahm er die Führung für seine GenossInnen." Er nutzte jede Diskussion zur Vermittlung seiner Werte, sei es bei Gesprächen mit Besuchern im Devrimci Sol-Prozeß, mit anderen inhaftierten Dev Gençlern und unzähligen anderen Menschen im Gefängnis. Für ihn gab es keinen Unterschied zwischen großer oder kleiner politischer Arbeit, er wußte zu jeder Zeit an jedem Ort zu kämpfen und war ein pflichtbewußter Mensch. Für andere Menschen da zu sein, war für ihn zu einer täglichen Lebensgewohnheit geworden. Er liebte das Leben und die Menschen. Gegenüber seinen GenossInnen war er stets warmherzig. In „Der Kampf in der Türkei", Ausgabe Sept. / Okt. 1991, schrieb er für die Gefallenen vom 12. Juli folgendes: „Immer wenn jemand von uns geht, füllen sich unsere Herzen mit Schmerz. Vielleicht kennen wir die Gefallenen, vielleicht haben wir irgendwann ihre Namen gehört oder ihr Bild gesehen. Oder wir haben sie weder gekannt, noch ihr Bild gesehen oder ihre Namen gehört. Dennoch verspüren wir einen großen Schmerz, einen Schmerz tief in unseren Herzen. Dieser Mensch war einer von uns. Einer, der für die Werte, für die wir kämpfen, gefallen ist. Er trägt unsere Sehnsucht nach den Schönheiten der kommenden Welt. Sein Verlust hinterläßt eine große Leere in uns. Wir spüren, daß etwas auf der Welt, für die wir so viel gegeben haben, daß von der schönen Zukunft etwas verwelkt. Unser Herz ist unzufrieden damit, daß immer wieder etwas von der Hoffnung, die stets in uns ist, und von der Schönheit der Zukunft etwas genommen wird.

Ihr Tod ist heute ein großer Verlust, aber unsere Erinnerungen an sie werden hundertmal, tausendmal stärker sein, und das ist ihr revolutionäres Erbe. Dieses Erbe müssen wir schützen und danach handeln. Um unser Ziel zu erreichen, ist ein starker Glaube und Verbundenheit mit der Revolution notwendig. Wir müssen unsere Schritte schneller gehen. Nur so können wir unsere Pflicht für sie erfüllen."

Şaban Şen, so drückte es u. a. eine deutsche Genossin auf seiner Beerdigungsfeier in Köln aus, gehört mit zum Fundament dieses Kampfes, er hat nie aufgehört zu kämpfen, und er lebt weiter in unserem Kampf. In vielen Diskussionen auch mit deutschen GenossInnen hat er eine Vorstellung von dem, was revolutionäre Solidarität und Kampf für eine bessere Welt bedeuten können, an diese vermittelt. Der Tod Şabans ist deshalb nicht nur ein Verlust für seine türkischen und kurdischen GenossInnen, sondern für alle GenossInnen, die sich auch in unserem Land der Revolution verpflichtet fühlen. Der Leichnam von Şaban Şen wurde nach Istanbul überführt und dort in einer demonstrativen Beerdigung, an der gut 500 GenossInnen teilnahmen, zu Grabe getragen.

Nazim Hikmet schrieb in einem Epos an „Taranta-Babu":

„Hey, hey, hey, Taranta-Babu,
hey, hey, hey
Das Leben ist sehr schön
verdammt noch mal
Das Leben ist sehr schön . . .
(. . .)
Leben, . . .
welch eine eigenartige Sache
welch eine sonderbare Geschichte, Taranta-Babu
Heute ist diese
‚unglaublich, schöne'
diese unbeschreiblich fröhliche Sache
so schwierig
so eingeengt
so blutig
so gemein . . .
. . ."

Nazim Hikmet schrieb in seinen Roman „Die Romantiker", der sein Exil in der Sowjetunion beschreibt:

„Ich bin Kommunist.
Ich bin voll Liebe, von Kopf bis Fuß.
Liebe: Das ist Sehen, Denken, Verstehen.
Liebe: Das ist ein Kind, das geboren wird, das ist Licht.
Liebe: Das ist eine Schaukel Bauen in den Sternen.
Liebe: Das ist Eisengießen im Schweiße des Angesichts.
Ich bin Kommunist.
Ich bin voll Liebe, von Kopf bis Fuß.
. . .
Mensch, das Leben ist schön, sag ich dir!"

Interview mit Grup Yorum, einer Musikgruppe aus der Türkei

***Frage:** Wann habt Ihr Euch gegründet und warum?*

Grup Yorum: Der Putsch am 12. September 1980 in der Türkei war natürlich auch im Kulturbereich spürbar. Die Leute sollten entpolitisiert, die bis dahin geschaffenen kulturellen Werte zerschlagen werden, um die imperialistische Kultur in die Köpfe der Menschen zu pressen. Viele revolutionäre, demokratische und fortschrittliche Künstler, Musiker usw. wurden eingekerkert. 1984 begann in den Gefängnissen ein Todesfasten. Dabei starben nach 75 Tagen vier Revolutionäre. Den Widerstandsgeist in den Gefängnissen haben sich die Familienangehörigen zu eigen gemacht, und in diesem Sinne entstand ein Verein, „Tayad" (Verein für die Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei). Mit Tayad wurde dieser Widerstand nach draußen, in die Massen getragen und am Leben gehalten. Überall, in allen Bereichen des Lebens wurden Menschen davon beeindruckt und beeinflußt. Zuerst begannen die demokratischen, fortschrittlichen, revolutionären Studenten, Studentinnen, Schüler und Schülerinnen den Kampf gegen die Institutionen des Staates innerhalb der Schulen und Universitäten. Hierbei namentlich gegen die „Hochschulinstitution", eine Behörde des Staatsrats der Junta, die von zwölf Generälen geschaffen wurde, um den Lehrkörper und die Studenten durch Disziplinarmaßnahmen, Entlassungen etc. unter Kontrolle zu haben.

Dieser Kampf führte zum Kampf gegen das herrschende System, zum Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Grup

Yorum wurde genau zu diesem Zeitpunkt von vier musikinteressierten Studenten einer Universität gegründet, das war Ende 1984, Anfang '85.

Frage: Seid Ihr von Anfang an als Musikgruppe aufgetreten, und wie würdet Ihr Eure Musik bezeichnen?

Grup Yorum: Am Anfang haben wir uns eher mit Theater beschäftigt, also Musik zu Theaterstücken gemacht. Später haben wir dann unsere erste Kassette veröffentlicht, um größere Massen ansprechen zu können.

Wir nennen unsere Musik zeitgenössische Volksmusik, also Volksmusik, die die Zeit, in der wir leben, interpretiert. Was auch der Gruppenname aussagt — Gruppe Interpretation. Wir wollen die positiven Seiten der jahrhundertealten Tradition unseres Volkes mit zeitgenössischen Einflüssen verbinden und bereichern, wozu eben auch die Instrumente zählen. Dabei sind traditionelle Instrumente, wie die Saz, und auch europäische Instrumente. Unser Interesse ist es, jegliche Probleme unserer Völker, vor allem der unteren Volksschichten natürlich, bis in die kleinste Zelle unseres eigenen Körpers nachzuempfinden und über diese Probleme nicht zu weinen und in Trauer zu verfallen, sondern mit der Musik zu versuchen, diesen Menschen Lösungswege für ihre Probleme zu bieten. Traditionell für die türkische Musik ist, daß man klagt und heult und sagt, das ist mein Schicksal.

Es gibt viele türkische Künstler, die von sich behaupten, zeitgenössische Volksmusik zu machen. Wir meinen, daß wirklich zeitgenössische Volksmusik nur Künstler machen können, die revolutionär sind und auch einer revolutionären Organisation angehören, also nicht um des Geldes willen.

Frage: Was genau versteht Ihr unter einem revolutionären Künstler?

Grup Yorum: Eines der Hauptmerkmale ist, daß das, was er sagt und tut, auch wirklich dieselben Sachen sind. In der Türkei gibt es viele Musiker, die sich Revolutionäre oder revolutionäre Künstler nennen, aber wenn jemand seit dem Putsch in Ausland lebt, fern von der Heimat, nicht einmal weiß, was ein Brot in der Türkei kostet, und davon singt, wie die Menschen unterdrückt werden und verhungern, oder mit einem dicken, schönen Wagen hier rumfährt und in Luxus eingebettet von den Armen in der Türkei singt, kann man nicht behaupten, daß er oder sie ein revolutionärer Künstler sei. Das, was ein revolutionärer Künstler erzählt, muß er auch bis ins Innerste wirklich selber fühlen und kennen. Und wenn wir vom 1. Mai singen, dann sind wir auch am 1. Mai in der Türkei dabei, obwohl wir genau wissen, daß am 1. Mai Menschen erschossen werden. Und wenn wir von den Slums in der Türkei singen, dann wissen wir, wie die Menschen in den Slums wohnen und leben, weil wir dort mit den Menschen und im Elend leben.

Der revolutionäre Künstler muß am Kampf, also am Klassenkampf, aktiv teilnehmen, an dieser Kollektivität des Kampfes beteiligt sein.

Da wir unter den Bedingungen des Faschismus leben, bringt der Kampf gegen den Faschismus auch Opfer mit sich. Wenn man kämpft, muß man damit rechnen, daß man den Preis dafür zahlen muß.

Frage: Wenn Ihr Konzerte machen wollt, muß das vorher angemeldet werden?

Grup Yorum: Man muß das vorher beantragen, und zumeist wird es verboten. Und wenn wir das, was wir zu sagen haben, nicht in den Konzerten sagen können, dann gehen wir eben ins Volk und sagen es da. In den Slumvierteln, bei den Streiks und bei den Demonstrationen, überall da, wo das Volk eben ist.

Wir wollten ein Konzert für streikende Arbeiter in Mersin geben. Es ist eigentlich so, daß man uns 24 Stunden vor dem Konzert Bescheid gibt, ob es erlaubt wird oder nicht, und wir hatten die Erlaubnis auch bekommen, aber als wir hinkamen, wurde es uns vollkommen willkürlich untersagt. Daraufhin haben wir eine Protestkundgebung veranstaltet und wurden gleich verhaftet. Zwei unserer Freunde wurden während unserer zweimonatigen Haft gefoltert. Die weiblichen Angehörigen der Gruppe sollten nach der Verhaftung einem „Jungfräulichkeitstest" unterzogen werden, aber durch ihren Widerstand entfiel dieser sonst bei politischen Gefangenen übliche Test. Vor dem Mersin-Konzert wurde schon einmal jemand für einen Monat verhaftet, als wir während eines Konzertes 1986 kurdisch gesungen hatten. Außer diesen beiden Verhaftungen wurden wir 16 Mal verhaftet und 20 Konzerte verboten. Diese 16 Festnahmen waren Festnahmen, die sich bis zu 90 Tagen hinziehen können und die willkürlich bestimmt werden.

Frage: Tretet ihr häufig auf?

Grup Yorum: Also Auftritte nicht im Sinne von Konzerten, sondern bei Aktionen, die die Arbeiter machen. Wir können keine Zahl angeben, weil das von den Arbeitern und den Menschen in der Türkei abhängt. In Istanbul, Ankara und Izmir haben wir völliges Auftrittsverbot. Während eines 40tägigen Bergarbeiterstreiks waren wir 40 Tage bei den Bergarbeitern und haben jeden Tag gesungen. Oder bei Fabrikbesetzungen und bei Studenten- und Schüleraktionen, überall, wo Aktionen sind, gehen wir hin und treten auf. Vor 1980 war es nicht üblich, daß eine Musikgruppe direkt an Aktionen beteiligt war. Das hat Grup Yorum eingeführt. Wir nehmen an den Aktionen teil, singen und entwickeln unsere Lieder im Kampf. Das Erlebte wird gleich umgesetzt, das ist die Seite der revolutionären Kunst.

Frage: Wieviele Mitglieder hat die Gruppe?

Grup Yorum: Zur Zeit gibt es fünf feste Mitarbeiter, aber unser Gruppenverständnis begrenzt sich nicht auf eine feste Zahl. Viele Menschen stehen in direkter Verbindung mit uns, schicken uns Noten und Texte, die wir dann auswerten und verarbeiten. Die Zahl der Gruppenmitglieder auf Konzerten schwankt zwischen vier und zehn; das liegt daran, daß Leute aus persönlichen Gründen ausscheiden, sei es, weil sie Angst um ihre Sicherheit oder Zukunft haben und vom Klassenkampf Abstand nehmen, oder aus egoistischen Gründen.

Frage: Ihr arbeitet in dem Kulturzentrum Ortaköy Kültür Merkezi. Könnt Ihr darüber etwas erzählen?

Grup Yorum: Wenn wir die allgemeine konjunkturelle Entwicklung in der Welt betrachten, das Verschwinden des sozialistischen Systems, durch all diese Entwicklungen wurden die Herrschenden in unserem Land noch mehr ermutigt, die revolutionäre Kunst noch repressiver anzugreifen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, im kulturellen Bereich in unserem Land eine Front zu schaffen, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu dient das Kulturzentrum in Ortaköy, und in diesem Sinne ist es für uns ein wichtiger Punkt und wie eine Festung, wo wir unsere Werte verteidigen können. Unzählige Male kam die Drohung, das Kulturzentrum würde geschlossen und verboten, verschiedene Repressionsmaßnahmen wurden ständig gegen das Kulturzentrum gerichtet.

Frage: Könnt Ihr das genauer beschreiben?

Grup Yorum: Das Zentrum wurde schon einmal 1989 kurzfristig geschlossen, und ständig stehen Polizisten vor dem Kulturzentrum und weisen die Leute zurück, die dahin gehen wollen — ob zur Arbeit oder auf einen Besuch. 1989 wurden 60 Besucher festgenommen, und mit der Begründung, daß Parolen gerufen worden seien, wurde das Kulturzentrum kurzfristig geschlossen. Ständig kommen Androhungen von Seiten der Geheimpolizei, daß sie außer den gesetzlichen auch noch andere Mittel haben, die Arbeit des Kulturzentrums zu beenden, indem vielleicht ein Mitglied des Kulturzentrums verschwindet oder tot aufgefunden wird.

Frage: Das sagt man Euch ganz offen?

Grup Yorum: Ja. Es gibt auch sozusagen „staatlich erlaubte" Künstler, die im Zentrum Konzerte geben wollen; ihnen wird gesagt, daß sie das dort nicht dürfen.

Man versucht, die Menschen mit allen Mitteln fernzuhalten. Dadurch, daß die Militärjunta in der Türkei die Menschen schon so eingeschüchtert hat, haben sie meist schon Angst, wenn sie einen Polizisten von weitem sehen, dann machen sie schon einen großen Bogen und verschwinden wieder.

Frage: Welche anderen Gruppen arbeiten noch in diesem Kulturzentrum?

Grup Yorum: Es gibt dort z. B. noch eine Theatergruppe, deren Veranstaltungen auch verboten werden, die auch oft verhaftet worden ist. Dann eine Photo- und Filmgruppe, deren Veranstaltungen auch verboten werden, denen die Kameras — und das sind ja sowieso keine Menschen, die Geld haben, und die sehr viel für diese Kameras aufbringen müssen — denen die Kameras einfach aus der Hand gerissen und kaputtgemacht werden. Von der vom Kulturzentrum herausgegebenen Kunst- und Kulturzeitschrift „tavir" wurde die erste Ausgabe gleich wieder eingesammelt, wegen einem kurdischen Gedicht und einer Karikatur, und wegen der achten und neunten Ausgabe haben wir jetzt ein Gerichtsverfahren am Hals. Es ist die erste Kulturzeitschrift, die nach 1980 beschlagnahmt und verboten wurde.

Bevor wir hierhergekommen sind, wurde das Kulturzentrum zum zweiten Mal geschlossen, und in der Zwischenzeit hat man alle Gruppen und Menschen, die diesem Kulturzentrum angehören, wieder einmal verhaftet und hat ihnen während der Festnahme gesagt, sie bräuchten sich keine Mühe zu geben, weil dieses Kulturzentrum im Endeffekt doch für immer geschlossen würde.

Frage: Hattet Ihr jetzt Schwierigkeiten bei der Ausreise?

Grup Yorum: Die Gruppe war ja vor ein paar Monaten schon einmal hier, damals wurden zweien von der Gruppe keine Pässe gegeben, und es hatte ein Jahr gedauert, überhaupt Pässe zu bekommen. Diesmal mußte wieder einer in der Türkei bleiben. Für uns ist das kein Problem, wir spielen dann eben mit anderen Musikern zusammen. Eine andere Musikgruppe im Kulturzentrum, Grup Ekin, darf überhaupt nicht ausreisen. Während wir hier waren, wurde die Schwester eines Gruppenmitglieds in der Türkei verhaftet, und als die Polizei gemerkt hat, daß sie die kleine Schwester von der berühmten ist, wurde sie gefragt, wo diese sei. Als sie sagte in Deutschland, gab es innerhalb des Apparates eine große Überraschung, und es scheint, es war einem Mißverständnis oder einer Verwechslung zu verdanken, daß sie damals nach Deutschland ausreisen durfte.

Frage: Welche Bedeutung haben für Euch Auftritte in Europa, welches Zielpublikum habt Ihr?

Grup Yorum: Wir bringen etwas mit unserer Musik mit. In unserer Musik versuchen wir, die Probleme der Massen in der Türkei zu beantworten. Es geht uns darum, die Wirklichkeit des Lebens in der Türkei zu schildern und hier eine bestimmte Hellhörigkeit zu schaffen, sowohl bei den türkischen und kurdischen Gastarbeitern wie bei den europäischen Menschen. Dadurch kann für die Menschen in der Türkei eine bestimmte Hilfe entstehen.

Frage: Welche Möglichkeiten der Unterstützung seht Ihr für die bundesdeutsche Öffentlichkeit?

Grup Yorum: In der Türkei wird ein revolutionärer Kampf geführt, und dieser legitime Kampf soll auch von hier unterstützt werden, im geistigen Sinne, durch Solidarität und auch finanziell. In der Türkei herrscht quasi Krieg. Unterstützung kann erfolgen durch Telegramme/Briefe an die Behörden, Protestaktionen und Aufmerksamkeit gegenüber den Ereignissen. Die Herrschenden können durch ihre Macht über die Massenmedien völlig falsche Vorstellungen über die Türkei verbreiten, dort herrschten Demokratie, Menschenrechte usw. Vor kurzem wurde das „Anti-Terror-Gesetz" erlassen, das zur Legitimierung des Staatsterrors dient. Die Menschen stehen vor der Wahl, sich zu wehren und erschossen zu werden oder in den Knast zu wandern, oder sich still zu verhalten. Die Situation ist schlimmer als nach 1980. Für im Namen der Anti-Terror-Maßnahmen verübte Straftaten der Polizei kann diese nicht mehr vor Gericht gestellt werden, das war vorher noch möglich. Mit dem Anti-Terror-Gesetz kann man jede beliebige Aktion einer Gewerkschaft, Partei, Organisation, was auch immer als Terroraktion deklarieren. Nach 1980 gab es alle möglichen Vereine, Organisationen und Initiativen in den Städten und Stadtvierteln, die jetzt verboten und geschlossen wurden.

Aber trotz aller Repressionen gegen solche Organisationen des Volkes, wie wir sagen, haben Menschen alternative Methoden und Organisationsformen geschaffen, mit denen sie noch entschlossener, noch kräftiger weitermachen und das System bedrohen. Selbst solche Gesetze wie das „Anti-Terror-Gesetz" nutzen den Herrschenden nichts, um den Kampf der Volksmassen zum Stillstand zu bringen. Abschließend können wir sagen, daß die Menschen in Europa über diesen Kampf in der Türkei ununterbrochen informiert werden müssen, damit sie mitbekommen, was in der Türkei passiert. Das ist die Aufgabe der deutschen Fortschrittlichen, hellhörig zu sein, die türkischen Behörden unter Druck zu setzen und die Öffentlichkeit zu alarmieren.

Aus Platzgründen gekürzt — (Palästinagruppe Westberlin)
aus: Politische Berichte 26/91

Eindrücke zum Konzert „Musik und Lyrik"

Am 20. 11. fand in Ludwigsburg das angekündigte Konzert statt. Der Orgelmusik von Brahms wurde Knastlyrik gegenübergestellt und — im Titel nicht explizit erwähnt — das Ganze von Knastphotographien und Zeichnungen von Gefangenen überlagert.

Die Kirche wurde in den 70er Jahren erbaut — Betonkirche, versteht sich. Für dieses Konzert aber vielleicht der ideale Raum. So konnten die Dias direkt auf die nackte Betonwand projiziert werden.

Im hinteren Teil der Kirche befand sich ein Büchertisch sowie eine Stellwand, an der Briefe und Gemälde von Gefangenen ausgehängt waren. Ungefähr 70 Leute fanden den Weg in die Kirche. Knapp 1/3 kam aus der örtlichen Kirchengemeinde. Neben den Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen war noch ein größerer Bekanntenkreis meinerseits anwesend.

Das Konzert wurde von der „gruppe 2" aus München sowohl auf Film als auch auf Band aufgezeichnet. Leider störten die Filmaufnahmen die Atmosphäre des Konzerts doch ganz erheblich. Darüber hinaus waren durch die Scheinwerfer häufig die Dias nicht mehr zu erkennen. Da die Dias aber ein wichtiges Element in der Gesamtkonzeption Musik — Lyrik — Bild darstellten, kann diese hier überhaupt nicht abschließend gewertet werden.

Das Konzert warf Fragen auf: Wie kann der Zusammenhang von Brahms und Knastlyrik besser vermittelt werden bzw. kann der theoretisch hergestellte Zusammenhang von den ZuhörerInnen überhaupt nachvollzogen werden? Desweiteren: Benötigen nicht die Texte, die in einer ganz konkreten Situation entstanden sind, eine über Biographisches hinausgehende Einführung?

Was bleibtE in Konzert, besser: ein Konzerttypus, der in dieser Form völlig neu war, der weder dem Geschmack des klassischen Kunstkonsumenten noch dem des „homo politicus" gerecht wurde. Ein Konzerttypus, der sich vielleicht sein Publikum erst suchen und schaffen muß. Dazu gibt es Gelegenheit. Das Konzert wird im Frühjahr '92 in Hamburg wiederholt.

Th. Wegst

Prozeßtermine

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Für den Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem

OLG Düsseldorf in der Tannenstraße haben wir bisher leider keine neuen Termine. Erkundigt Euch danach in Euren Infoläden oder — warum nicht? — telefonisch bei der Geschäftsstelle des Oberlandesgerichtes.

Kurdenprozeß
Der Kurdenprozeß in Düsseldorf am OLG in der Tannenstraße findet dienstags und mittwochs jeweils um 9.15 Uhr statt.

Kurdenprozeß in Celle
Der sog. zweite PKK-Prozeß gegen vier Kurdinnen und Kurden (zwei von ihnen sind seit September bzw. April 1990 unter Isolationshaftbedingungen im Knast) vor dem OLG Celle findet dienstags um 9.45 Uhr und mittwochs um 9.15 Uhr in der Kanzleistr. 4 statt.

Termine

Solidaritätsaktionen zu Ralf und Knud
Braunschweig. 3. 1. 92, Veranstaltung.
Itzehoe. 6. 1., 20 Uhr, Café Max, Veranstaltung.
Heide. 7. 1., Veranstaltung.
Hamburg. 8. 1. 92, 19.30 Uhr, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Vorbereitungstreffen für die Demo am 11. 1.
Itzehoe. 11. 1. 92, 11 Uhr, Demonstration.

München. 11. 1., 20 Uhr, Fideo, Landsbergerstr. 79, 2. Eingang, II. Stock, Bericht über die Demo der Unabhängigkeitsbewegung Puerto Rico am 12. 10. 1991 in Washington; über aktuelle Diskussionen und Entwicklungen nach dem Tribunal zur Menschenrechtsverletzung in New York Dezember '90; über die Kampagne zu Mumia Abu-Jamal.

Aufzeichnungen aus dem Gefängnis

Im Dezember ist das Buch „Aufzeichnungen aus dem Gefängnis" erschienen.

Es handelt sich um das Tagebuch, welches der iranische Revolutionär Mohsen Fasel während seiner Haftzeit anfertigte. Mohsen Fasel wurde 1980 von dem Regime der Islamischen Republik Irans verhaftet. Nach knapp fünf Monaten Einzelhaft wurde er in einem Schnellverfahren verurteilt und hingerichtet — als Auftakt von Massenhinrichtungen.

Die Aufzeichnungen wurden auf Pergamentpapier, welches zum Einwickeln von Orangen verwendet wird, niedergeschrieben. Sie wurden von Genossen, die in der Obduktionsstelle arbeiteten, in den Taschen seiner Kleidung gefunden und gelangten so aus dem Gefängnis.

Das Tagebuch beschreibt eindrücklich den inneren Kampf Mohsen Fasels gegen die unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis, gegen die Hoffnungslosigkeit und gegen die Versuchung, sich all dem durch die Aufgabe seiner Ideale zu entziehen.

„Wir halten die Schrift für ein seltenes und wertvolles Dokument, das allen politisch Aktiven zugänglich sein sollte, gleich welcher Nation. Es handelt sich hier nicht um die Schilderung eines individuellen Schicksals, sondern um das gemeinsame Schicksal aller an der revolutionären Bewegung beteiligten Menschen. Sie alle stehen vor dem andauernden Zwang zur Entscheidung zwischen politischem Leben und Passivität.

Mohsen Fasel hat sich während seiner Haftzeit durchgerungen, trotz aller Bedrohung und Lebensgefahr zu seinen politischen Überzeugungen zu stehen. Diese Auseinandersetzung ist nicht nur in den unterdrückten Ländern aktuell, sondern auch in den Metropolen, wenn auch die Bedingungen der Repression hier andere sind.

Internationalismus bedeutet auch, voneinander zu lernen, um einen gemeinsamen Kampf führen zu können. Das Tagebuch von Mohsen Fasel soll ein Beitrag dazu sein." (aus dem Vorwort der ÜbersetzerInnen)

Das Buch kann für 10 DM (Verrechnungsscheck) plus Porto bestellt werden bei:
„Kein Friede", c/o Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11 a, 6000 Frankfurt/Main 1.

Für Gefangene wird das Buch *kostenlos* abgegeben; über Kommentare, Anmerkungen etc. würden wir uns freuen!

Anzeigen

Kriminalisierungsrundbrief 47 Seiten für 5 DM, enthält u. a. Artikel und Flugblätter zu politischen Prozessen hier, Antifa, Total-Kriegsdienstverweigerung, Internationales. Der Kriminalisierungsrundbrief kann abonniert werden gegen eine Vorauszahlung von 20 DM in bar (keine Schecks, keine Briefmarken, keine Einschreiben, kein Konto) an die Adresse:

1. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief; 2. Umschlag: Vrouwengroep OLW, de Wittenstraat 73, 1052 Amsterdam, Holland.

Anti-WWG-Info Die erste Ausgabe des Anti-Weltwirtschaftsgipfel-Infos ist erschienen. Das Info soll die Mobilisierung gegen die Weltwirtschaftsgipfel, der nächstes Jahr im Juli in München stattfindet, unterstützen. Weitere Ausgaben des Infos sind geplant. Redaktions- und Bestelladresse: AWI 1992, c/o „3. Welt"-Haus im Exil, Westerbachstr. 40, 6000 Frankfurt/Main. Einzelbestellungen nur als Förderabo von 10 DM, Sammelbestellungen für Zeitungen, Infoläden, Gruppen etc. ab 10-50 Exemplare 0.40 DM, ab 50 Exemplare 0.35 DM. Überweisungen und Spenden: AWI 1992, Ökobank, BLZ 500 901 00, Konto-Nr. 215813.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Wolfgang Lettow. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 220 42 78, Fax: (040) 229 74 19. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 21 16 58. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 11 44 39 36 00 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 104 19-507. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 44 86 30-102.